

## **Gesichter der Armut und was wir und die Politik dagegen tun können**

Überarbeitete Fassung der Rede gehalten bei der gleichnamigen Veranstaltung  
am 17.09.09 in Heide

von  
Ursula G. T. Müller

Gesichter der Armut werden in den Medien immer wieder einmal vorgestellt: hungernde Kinder in Schwarzafrika, Wellblechhütten am Rande großer Städte in Indien und Südamerika, Obdachlose und Bettelnde bei uns in Deutschland. Solche Portraits sind nicht mein Thema, mir geht es darum, Zusammenhänge darzustellen, um damit eine Vorarbeit für die Entwicklung von Maßnahmen und Lösungen zu leisten, die tiefer greifen, als es die Linderung unmittelbarer Not vermag. Ich möchte erreichen, dass entscheidende Wurzeln des Armutsproblems sichtbar werden. Es erscheint mir auch zwingend, die Ursachen weltweiter Armut zu thematisieren, bevor ich auf die Situation in Deutschland und hier besonders die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt eingehe. Beginnen möchte ich jedoch mit einem Überblick über die verschiedenen Definitionen von Armut.

### **1. Armutsbegriff:**

Sehr bekannt ist der absolute Armutsbegriff, nach dem Menschen dann als arm bezeichnet werden, wenn sie nicht mehr als 1,25 US-Dollar pro Tag zur Verfügung haben. Damit richtet sich der Blick automatisch auf die Entwicklungs- und Schwellenländer. Das ist m. E. nicht unproblematisch, wird doch bisweilen Menschen der Ersten Welt dadurch vermittelt: „Euch geht’s ja noch gut“. So könnten Impulse, sich im eigenen Land (politisch) zu engagieren gebremst werden. Auch lenkt diese Definition die Aufmerksamkeit einzig auf den monetären Aspekt und damit greift der absolute Armutsbegriff zu kurz.

Ein Beispiel dafür ist die in jüngster Zeit von einigen Wirtschaftswissenschaftlern angeführte Tatsache, dass sich in Indien und China die Zahl der absolut Armen erheblich verringert hat. Die Entwicklung dieser beiden Länder, so wird dann häufig suggeriert, sei ein Anfang, dem über kurz oder lang all diejenigen Länder folgen werden, in denen die absolute Armut noch groß ist. Demgegenüber hat die UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (Food and Agriculture Organisation FAO) in ihrem jüngsten Bericht einen anderen Trend nachgewiesen; die FAO belegt, dass der Hunger 2009 weltweit ein neues Hoch erreicht hat: 1.020.000.000 Menschen hungern, rund ein Sechstel der Weltbevölkerung hat nicht genug zu essen (*INKOTA, S.1*). Diese Gegenüberstellung - Rückgang absoluter Armut in zwei Ländern und Anstieg des Hungers weltweit - zeigt, wie wichtig es ist, weitere Kriterien für Armut heranzuziehen, die über den rein monetären Aspekt hinaus gehen.

Um eine eindimensionale Sicht aufzuweichen, hat die International Development Association (IDA) weitere Kriterien neben dem Einkommen vorgesehen, als da sind:

- die Kalorienaufnahme (weniger als 2160 bis 2670 kcal pro Tag),
- die Lebenserwartung (geringer als 55 Jahre),
- die Kindersterblichkeit (als arm gilt ein Land dann, wenn die Anzahl der Kinder, die von Geburt bis zum 5. Lebensjahr in einem Zeitraum sterben, bezogen auf 1000 Lebendgeburten im selben Zeitraum höher als 33 ist)
- und die Geburtenrate (hierbei gilt ein Land als arm, wenn die Anzahl der Lebendgeborenen pro Jahr bezogen auf 1000 EinwohnerInnen höher als 25 ist). (*wikipedia Armut, relative*).

Mit dem letzten Kriterium habe ich Schwierigkeiten; hier wird automatisch davon ausgegangen, dass Kinderreichtum ein Armutsrisiko ist, ohne die gesellschaftlichen Verhältnisse zu berücksichtigen. Nur wenn kinderreiche Familien mit geringem Einkommen vom Staat nicht angemessen finanziell unterstützt werden, besteht die Gefahr, dass diese verarmen, zwingend ist dies jedoch nicht.

Einen anderen Weg hat das United Nations Development Programme beschritten, indem es einen Index der menschlichen Entwicklung (Human Development Index = HDI) definiert hat. Dieser setzt sich aus drei Komponenten zusammen:

- der Lebenserwartung,
- der Ausbildung (Darin gehen die Größen Analphabetenquote und Brutto-Schuleinschreibungsrate ein.) und
- der Kaufkraft (Diese errechnet sich aus dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro EinwohnerInnen.)

Letzteres ist aber sehr problematisch, weil hier ein Durchschnittswert ermittelt wird. In einem Land mit einem hohem BIP wird auch der HDI hoch sein, auch wenn in so einem Land neben wenigen Superreichen viele Arme leben, also wenn der Reichtum des betreffenden Landes sehr ungleich verteilt ist. Tatsächlich gehören in Europa z. B. Ländern wie Slowenien, Bosnien, Albanien, Rumänien und Bulgarien zu denen mit hohem HDI, d. h. ihr HDI liegt zwischen 0,8 und 1 (Der HDI kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen.) (*wikipedia, Human Development Index*). Betrachtet man nun aber andere Kriterien, erhält man auch hier ein anderes Bild. So sind z. B. in Rumänien 30% bis 50% der Bevölkerung nicht in der Lage, Miete und Rechnungen zu bezahlen, in Rumänien und Bulgarien können über 50% der Bevölkerung weder angemessen heizen, noch einmal im Jahr eine Woche Ferien machen (*Le monde diplomatique, S. 133*).

Kritik hat der HDI auch deshalb erfahren, weil ökologische Überlegungen völlig fehlen. Dies ist sehr nachvollziehbar. Es leuchtet unmittelbar ein, dass Menschen als arm anzusehen sind, die nicht in einer gesunden Umwelt leben, z. B. keinen Zugang zu sauberem Wasser haben. Kritisch zu sehen ist auch, dass die Erwerbstätigkeit, genauer das Einkommen aus Erwerbsarbeit, sowie die Erwerbslosigkeit und die Art des Beschäftigungsverhältnisses (nicht sozialversichert, befristet u. ä.), nicht in den HDI eingehen.

Sich mit den verschiedenen Armutsbegriffen auseinanderzusetzen ist keine akademische Diskussion. Gerade in letzter Zeit ist immer wieder zu hören, dass Wirtschaftswachstum und ein hohes BIP unabdingbar sind, um den Wohlstand eines Landes zu steigern. Dem muss widersprochen werden. Wie das o. g. Beispiel HDI zeigt, geht es um die Verteilung des Reichtums einer Gesellschaft und nicht um die Höhe des BIPs.

Am sympathischsten ist mir die offizielle Armutsdefinition Europäischen Union, der ein Ratsbeschluss der EU von 1984 zugrunde liegt. Sie lautet:

„Arm sind Einzelpersonen, Familien und Personengruppen, die über so geringe materielle, kulturelle und soziale Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum hinnehmbar ist.“

Darin wird ein breites Spektrum angedeutet, z. B. können Vereinzelung durch Behinderung, mangelnde Sprachkenntnisse u. ä. (in Deutschland gibt es laut aktuellem Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, OECD, 4 Mio. Analphabeten) ins Blickfeld rücken. Allerdings ist der in der Definition enthaltene Hinweis auf die Lebensweise reichlich vage und muss operationalisiert werden, wie es in der Soziologie heißt. Dennoch bevorzuge ich diese Definition.

Ich möchte aber eine sehr gebräuchliche, weil gut handhabbare Definition relativer Armut, nicht unerwähnt lassen, die die Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization = WHO) und die EU anwenden. Danach gilt als arm, wer über monatlich weniger als die Hälfte des aus der Einkommensverteilung berechneten Medians verfügt. (Der Median ist eine Linie, die so gezogen wird, dass ober- und unterhalb von ihr gleich viele Punkte liegen, also in diesem Fall gleich viele Personen.) Dieser Wert ist die Armutsgrenze. Als armutsgefährdet werden dann die Personen bezeichnet, die monatlich weniger als 60% des Medians zur Verfügung haben.

## 2. Ursachen der Armut weltweit:

Bekanntlich sind bzgl. vielerlei Aspekten von Armut die Länder Afrikas, insbesondere die südlich der Sahara, aber auch südasiatische Länder besonders betroffen. Es steht außer Frage, dass für Hungersnöte häufig Naturkatastrophen verantwortlich sind wie Dürren, Überschwemmungen, Fröste, Heuschreckenplagen u. ä. (*ebd.*, S. 34). Da es hier jedoch um Lösungen geht, möchte ich mich auf eindeutig menschengemachte Ursachen konzentrieren, die hinzukommen; wobei ich den Klimawandel ausspare, der natürlich auch als menschengemachte Ursache in Betracht kommt.

Im Bericht der Welternährungsorganisation (Food and Agriculture Organization = FAO) waren 2004 menschengemachte Situationen wie bewaffnete Konflikte, Vertreibungen ganzer Bevölkerungsgruppen und bestimmte wirtschaftliche Entscheidungen zu mehr als 35% für Hungersnöte verantwortlich; 1992 lag dieser Anteil noch bei nur 15% (*ebd.* S. 34). Als Ursache für diese Entwicklung werden etwas lapidar „bestimmte wirtschaftspolitische Entscheidungen“ genannt. Dazu möchte ich auf drei Aspekte eingehen:

- die globale Arbeitsteilung,
- die Ressourcennutzung und
- die Kreditvergabepolitik.

### 2.1. Globale Arbeits- und Produktionsteilung

Mitte der 70er Jahre gelangte die Erkenntnis ins öffentliche Bewusstsein, dass fortgesetztes Wirtschaftswachstum in der bisherigen Form zu Ende geht. Daraufhin arbeitete die OECD ein Modell aus, das vor allem kapitalistischen Ländern ein stetiges Wachstum garantieren sollte und dies auf zweierlei Weisen:

- Arbeitsintensive Produktionsprozesse sollten in die Entwicklungsländer verlagert werden, um das dortige niedrige Lohnniveau zu nutzen.
- Die Entwicklungsländern sollten ihre Landwirtschaft so „modernisieren“, dass sie für den Export in die reichen Länder produzieren (*Müller, U. G. T., S.21f*).

Was die Löhne in den Entwicklungsländern betrifft, so waren diese deshalb niedrig und wurden besonders niedrig gehalten, weil man auf junge (14- bis 25-Jährige), flexible, gewerkschaftlich nicht organisierte Frauen ohne Erfahrung mit Lohnarbeit zurückgreifen konnte, die meist geradewegs aus ihren Dörfern rekrutiert wurden. Wie in den reichen Ländern wurde argumentiert, Frauen brauchten keinen hohen Lohn, sie seien ja lediglich Zubrotverdienerinnen, was jedoch häufig nicht der Realität entsprach. Für die Regierungen der Entwicklungsländer bedeuteten weibliche Arbeitskräfte einen Standortvorteil (*ebd.*, S. 22f).

Um ihre Standortvorteile noch weiter zu erhöhen, richteten viele Entwicklungsländer Sonderwirtschaftszonen ein, in denen i. d. R. Zoll- und Steuerbefreiung gelten, Ausnahmen von nationalen Arbeitsrechts- und Umweltschutzgesetzen gewährt werden, sowie ein Verbot gewerkschaftlicher Organisation besteht, obwohl das Bilden von Berufsvereinigungen zum Schutz eigener Interessen gem. Art 23 (4) ein Menschenrecht ist.

1998 waren nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organisation = ILO) in etwa 850 solcher Zonen 27 Mio. Menschen vor allem in der Bekleidungs-, Elektronik- und Spielzeugwarenindustrie beschäftigt, zu 80% bis 90% Frauen. International gibt es eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung: 80% der hochqualifizierten Ingenieursarbeiten an Soft- und Hardware leisten Männer, 70% der arbeitsintensiven, niedrig qualifizierten, gering entlohnten Tätigkeiten in Cyberparks und Call-Centern leisten Frauen (*ebd.*, S. 24).

Um das zweite Ziel einer internationalen Arbeitsteilung zu erreichen, die Exportorientierung der Landwirtschaft in den Entwicklungsländer, nutzte die Weltbank ihren Einfluss, indem sie auf Produktion von Fleisch, Aquakultur, Gemüse, Blumen etc. drang, wobei weder ökologische noch soziale Standards eine Rolle spielten; Agrargifte werden eingesetzt, die aus ehemals fruchtbaren Böden

nach einigen Jahren vergiftete, versalzene und erodierte Flächen zurücklassen.

Für Indien hat die bekannte Wissenschaftlerin und Trägerin des alternativen Nobelpreises von 1993, Vandana Shiva, errechnet, dass mit jedem Dollar, der mit dem Export von Fleisch, Blumen oder Krabben verdient wird, ein ökologischer Schaden oder ein Werteverlust in Höhe von fünf bis zehn Dollar entsteht. Vom Endpreis der Gemüse erhalten die Erzeuger 11%, wovon lediglich die Hälfte in die Löhne fließt. Viele Länder gaben den Anbau für ihren Binnenmarkt auf. In sechs afrikanischen Ländern südlich der Sahara sank innerhalb eines Jahrzehnts die pro-Kopf-Getreideproduktion um ein Drittel, die gesamte Nahrungsmittelproduktion ging um 20% pro Person zurück, während der Export ausgedehnt wurde (*ebd.*, S. 35).

## 2.2. Ressourcennutzung

Hierzu nur einige Schlaglichter:

Die weltweite Produktionsaufteilung rechnet sich nur dann, wenn die Transportkosten niedrig sind. Öl ist daher ein extrem wichtiger Rohstoff, von dessen Förderung sich die Länder, in denen er gefunden wird, einen Gewinn versprechen. So hat die Regierung von Nigeria, dem sechstgrößten Öllieferanten der Welt, Ölkonzernen großzügige Lizenzgebühren ohne ökologische Restriktionen erteilt. Umweltverschmutzung und -zerstörung durch Verbrennung unerwünschter Gase und auslaufendes Öl haben im Nigerdelta riesige Flächen fruchtbareren Landes unbrauchbar gemacht. Obst- und Gemüseanbau sind dort oft nicht mehr möglich. In Somalia und Nigeria hat die Verschmutzung einen Großteil der Fischbestände der Region vernichtet (*Ceska, E. A. und Ashkenazi, M.*, S. 35f).

Aber auch erneuerbare Energien sind nicht unproblematisch. So sind in Indien 33 000 Staudämme gebaut worden, dadurch wurden nach Schätzungen der indischen Schriftstellerin Arundhati Roy 33 Mio. Menschen heimatlos (*Roy, A.*, S. 30ff). Ohne soziale und ökologische Auswirkungen zu prüfen, gab die Weltbank Kredite dafür. Zwischen 1947 und 1994 haben die Mitarbeiter der Weltbank dem Exekutivdirektorium 6000 Projekte vorgeschlagen. Das Direktorium hat in keinem einzigen Fall abgelehnt (*Roy, A.*, S.48f).

## 2.3. Kreditvergabepolitik

Im Zusammenhang mit der weltweiten Aufteilung der Produktion habe ich den Druck der Weltbank erwähnt; dieser ist ebenso wie der des Internationalen Währungsfonds (IWF) durch Kreditvergabebedingungen möglich geworden.

Bedingt durch den enormen Anstieg der Gewinne aus spekulativen Finanzgeschäften hatten nämlich Banken Abnehmer für Kredite gesucht und sie in den Entwicklungsländern gefunden, die auf das Angebot günstiger Zinsen ansprangen. Allerdings wurden die Risiken von Wechselkurschwankungen und späteren Zinserhöhungen zum größten Teil den Schuldnerländern aufgebürdet, die u. a. beim Anstieg des Dollarkurses in die Schuldenfalle gerieten. Dabei denke ich nicht nur an die Süd-Ost-Asienkrise, die schwerste Finanzkrise der 2. Hälfte des 20. Jh.s, sondern an die mehr als 100 Krisen der letzten 30 Jahre, die besonders die armen Länder trafen.

In dieser Situation wandten sich die betroffenen Länder an den IWF um Hilfe, baten um Überbrückungsgelder. Die Bedingungen hierfür waren die Einführung einer neoliberalen Wirtschaftspolitik durch Maßnahmen wie:

- Verschlankung des Staates
- Kürzung der Sozialleistungen
- Steuerreformen, insbesondere Senkung der Progression und Verbreiterung der Steuerbasis
- Importliberalisierung
- Privatisierung
- Deregulierung.

Besonders desaströs wirkt/e sich die Importliberalisierung aus. Denn nun überfluteten die Industrie-

länder die Märkte der Entwicklungsländer (z. B. mit hochsubventionierten Agrarprodukten), während sie sich umgekehrt sehr oft weigerten, ihre Zölle auf Agrarimporte aus dem Süden zu senken (Müller, U. G. T., S. 35f). Eine Politikerin aus Mali bezeichnete diese Politik daher als „Massenvernichtungswaffen Europas“ (Blätter für deutsche und internationale Politik, S. 35).

Nun hatte der G-20-Gipfel 2009 in London angesichts der Auswirkungen der Finanz- und Ernährungskrise eine Aufstockung der Mittel für den IWF beschlossen. Anfang September 2009 wurde daraufhin dem Europaparlament eine Studie vorgestellt, aus der hervorgeht, dass von diesen der größte Teil, 82%, nach Europa flossen und nur 1,6% in Afrika gelandet sind (Johnson, D.). Wenn sich nun aber die Entwicklungsländer an andere Kreditgeber, insbesondere China wenden wollen, setzen die internationalen Finanzinstitutionen die Länder unter Druck, um dies zu verhindern (ebd.).

### **3. Migration und Menschenhandel:**

Dadurch dass die Märkte in den Entwicklungsländern mit billigen europäischen Waren überschwemmt werden, wird deren eigene Wirtschaft stark geschädigt, was eine Wirtschaftsfluchtbewegung auslöst (Blätter für deutsche und internationale Politik, S. 35f). So drängen Ströme gering und unqualifizierter Armutsflüchtlinge in die USA, die EU, nach Australien, Südafrika und Japan (Le monde diplomatique, S.100). Gleichzeitig schotteten diese Länder sich gegen MigrantInnen durch Mauern, Zäune und High-Tech-Überwachungssysteme der Grenzgebiete ab (ebd., S. 58), machen sich jedoch die Arbeitskraft illegaler Migranten zunutze, während sie diese kriminalisieren und die Ausländerfeindlichkeit in den reichen Ländern wächst (ebd. S. 58f; sowie Wissenschaftlicher Beirat von attac, S. 114).

Neu ist an den Migrationsprozessen seit den 90er Jahren der wachsende Frauenanteil. Im Jahr 2000 machte er nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (International Organization for Migration = IOM) knapp die Hälfte aus. Stark zugenommen hat die Zahl der allein auswandernden Frauen, die z. T. die Haupternährerinnen ihrer Familien sind (Wichterich, C., S. 44). Es gibt zudem eine frauenspezifische Form der Migration; die größte Gruppe unter den Migrantinnen sind die Dienstleisterinnen in Privathaushalten, Beschäftigte im gewerblichen Service- und Unterhaltungssektor und sog. Sexarbeiterinnen, die alle zu einem großen Teil ohne Dokumente flexible, ungeschützte und gering bewertete Jobs verrichten (ebd. S. 46).

Die IOM schätzt die Anzahl illegaler Migranten auf zwischen 20 und 40 Mio. weltweit (Le monde diplomatique, S. 57). Diese Migration geht mit Menschenhandel einher und stellt einen Teil der globalisierten Kriminalität dar. Sie wächst derzeit am schnellsten (ebd., S. 56). Die Zahl der jährlich gehandelten Menschen wird auf etwa 2,5 bis 4 Mio. geschätzt (Lemke, C., S. 10), die meisten von ihnen werden in die Prostitution gehandelt. Von den verschleppten und verkauften Frauen, in der Regel zwischen 18 und 25 Jahren, werden über 80% Opfer von Zwangsprostitution (Le monde diplomatique, S. 56). Die Vereinten Nationen schätzen die Zahl der aus Osteuropa, Asien, Afrika und Südamerika in die OECD-Länder gehandelten Frauen auf jährlich 1 Mio., die dadurch erzielten Profite werden auf 7 bis 13 Mrd. Dollar Profit jährlich geschätzt (Wichterich, C., S. 52). Der Frauenhandel dient (wie auch der Drogenhandel) zur Geldwäsche und zur Finanzierung von Bürgerkriegen (Wissenschaftlicher Beirat von attac, S. 108f). Es bestehen daher beste Beziehungen zur formalen Ökonomie (Wichterich, C., S. 53). Unter modernem Menschenhandel muss auch die Kommerzialisierung nicht freiwillig, sondern aus wirtschaftlicher Not, gespendeter Organe für die Transplantationsmedizin gefasst werden (Wissenschaftlicher Beirat von attac, S. 109).

### **4. Armut in Deutschland:**

Eine Bemerkung vorab: Je nach Quelle weichen die angegebenen Zahlen von einander ab, in der Tendenz stimmen jedoch alle Quellen überein.

Über Armut in Deutschland wird immer wieder berichtet; das Folgende dürfte daher kaum überraschend sein:

- Von 1998 bis 2005 ist der Anteil der Menschen, die in Armut leben, von 12% auf 18% gestiegen.
- Fast jedeR 8. BundesbürgerIn ist von Armut bedroht, das sind 10,6 Mio. (*wikipedia Stichwort Armut Deutschland*). Armutsgefährdung hier verstanden als unter 60% des Median-Äquivalenzeinkommens (*Waidelich, W. Folie 3*)
- Der Anteil armutsgefährdeter Erwerbstätiger hat sich in Deutschland in der Zeit von 1996 bis 2005 verdoppelt und ist damit stärker gestiegen als in den USA, von wo der Ausdruck „working poor“ gekommen war (*Dribbusch, B., 16.1.09*).
- Seit Januar 2006 gibt es zwischen 1,2 und 1,4 Mio. „AufstockerInnen“, das sind Menschen, die erwerbstätig sind und Hartz IV erhalten; 400 000 von ihnen haben eine Vollzeitstelle (*Jähnichen, T., S. 23*).
- Zwei Drittel der deutschen Bevölkerung besitzen nichts oder nur sehr wenig, die unteren 70% kamen 2008 auf 9% des Gesamtvermögens. (*Herrmann, U.*)
- Rund 7 Mio. Bundesbürger waren im Oktober 2008 überschuldet. Die Zahl der überschuldeten Haushalte hat sich seit 1990 auf 3,1 Mio. fast verdoppelt (*Bindemann, M.*).

#### 4.1. Wandel in der Erwerbsstruktur

Unter mehreren möglichen Aspekten von Armut möchte ich den Zusammenhang mit Erwerbstätigkeit herausgreifen, weil sich hier in den letzten Jahren Strukturen verändert haben, die wichtig sein können, wenn es gilt, Lösungen zu finden.

- Zwischen 2003 und 2008 sanken laut Information des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) die Reallöhne um fast 12% („*Fast 12% Reallohnverlust in 5 Jahren! Schluss damit!*“, S. 3). (Andere Quellen gehen von einem gesunkenen Reallohneinkommen aus Erwerbsarbeit von rund 5% in den letzten beiden Jahrzehnten aus (*Jähnichen, T., S. 17*).) Das ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil in allen anderen EU-Staaten eine Steigerung erfolgte. Demgegenüber liegt die BRD bei der Reallohnentwicklung konstant hinten (*Völpel, E.*).
- Es hat eine massive Umverteilung bei den Einkommen aus Erwerbsarbeit von unten nach oben stattgefunden („*Niedriglöhne werden Tiefstlöhne*“, *taz vom 27.08.08*). Das unterste Viertel der Erwerbstätigen verdiente 2006 verglichen mit 1995 real 13,7% weniger, das oberste Viertel dagegen um 10% mehr (*Roth, E.*).
- Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten ist angestiegen. Im Jahr 2008 gingen nach Angaben des Statistischen Bundesamts 4,9 Mio. Menschen als Haupttätigkeit einer Teilzeitbeschäftigung mit 21 Wochenstunden oder weniger nach. Diese Zahl hat seit 1998 um 39% (d. s. 1,4 Mio. Menschen) zugenommen. Als Hauptgrund geben 23% von ihnen an, keine Vollzeitbeschäftigung gefunden zu haben. Diese Zahl lag 1998 noch bei 13%. In Ostdeutschland nennen 64% der Befragten dies als Hauptgrund. Es handelt sich also um unfreiwillige Teilzeit. Eine Verknüpfung wegen unzureichender Kinderbetreuung und Pflegemöglichkeiten gebe vermutlich noch einen höheren Anteil (*DGB*).
- In den letzten Jahren hat eine De-Normierung der Beschäftigungsverhältnisse stattgefunden. Waren Mitte der 70er Jahre noch knapp 20% der Erwerbstätigen nicht-normbeschäftigt, sind es gegenwärtig rund 35% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat stark abgenommen. Setzt man deren Zahl 1992 mit 100% an, so sind es heute nur noch 68,5% (*Jähnichen, T., S. 17f*). Von den insgesamt 39,8 Mio. Erwerbstätigen in Deutschland im Jahr 2006 waren knapp 5 Mio. Menschen sog. MinijobberInnen, sie waren also ohne klassische Sozialversicherungspflicht ausschließlich geringfügig beschäftigt. Experten sehen Deutschland bei atypischer Beschäftigung weit vorn („*Auslaufmodell Vollzeitjob*“, *taz vom 10.9.08*).
- Eine besonders wichtige Rolle spielt der Niedriglohnsektor, der ebenfalls seit Mitte der 90er Jahre stark gewachsen ist. Die Niedriglohnschwelle liegt nach OECD-Definition bei 60% des jeweiligen nationalen Medianlohnes. In Deutschland bekam mehr als ein Fünftel aller Beschäftigten (22,2%) einen Niedriglohn. Damit steht Deutschland an der Spitze der EU-Länder und erreicht fast das Niveau der USA von 25%. (*DGB*).

Innerhalb der EU ist Deutschland auf dem Weg zum Billiglohnland oder, wie es der Wissenschaftliche Direktor beim gewerkschaftlichen Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung, Gustav Horn, ausdrückte, das China Europas (*Schüddemage, A.*).

#### **4.2. Die Betroffenen**

Beim Blick auf die davon betroffenen Personen werde ich mich unter allen möglichen Variablen, die zu betrachten wären, auf eine beschränken, das Geschlecht, denn unter diesem Blickwinkel erschließt sich ein weiteres, strukturelles Problem.

- Die Erwerbslosenquote lag EU-weit kürzlich erstmals bei Männern höher als bei Frauen, allerdings war die Differenz mit 8,6% zu 8,5% nicht sehr groß. Grund dafür sind Entlassungen in männerdominierten Branchen. (*Oestreich, H., s. auch Jähnichen, T., S. 19*). Für Deutschland ist die starke Konzentration auf die Autoindustrie und den Export dafür verantwortlich. So sind die Erwerbslosenzahlen in Baden-Württemberg und Bayern bedingt durch die Krise gestiegen, in den neuen Bundesländern dagegen zurück gegangen. (*Dribbusch, B., 29.05.09*).
- Die Kurzarbeit stieg von Januar auf März diesen Jahres um mehr als das Doppelte auf über 1,2 Mio. Menschen, davon 80,8% Männer (*DGB, 8. Folie*).
- Frauen waren 2008 häufiger als Männer langzeitarbeitslos (40,6% gegenüber 33,3%) und erhielten seltener finanzielle Leistungen (80% zu 88%) (*Weinkopf, C., S. 8*).
- Teilzeitarbeit ohne Minijobs leisten 5 002 792 Menschen, das sind 18% aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, davon sind 84% Frauen (*DGB, 4. Folie*). Mehr noch: die durchschnittlichen Jahresarbeitszeiten von Frauen sind seit 1991 stark gesunken; ihre durchschnittliche Wochenarbeitszeit ging in der Zeit von 1993 bis 2007 um 2,3 Stunden zurück (*DGB, 6. Folie*).
- 6,5 Mio. Menschen erhielten 2007 einen Niedriglohn, davon 67,5% Frauen. Von allen abhängig Beschäftigten (also Vollzeit, Teilzeit, Minijobs) arbeiteten im Niedriglohnbereich 13,8% Männer und 29,3% Frauen (*DGB, 8. Folie*).
- Ausschließlich geringfügig beschäftigt waren im September 2008 insgesamt 4.829.359 Menschen davon 67,7% Frauen. Einer geringfügigen Beschäftigung im Nebenjob gingen im gleichen Jahr 2.285.008 Menschen nach, davon 56,36% Frauen. Insgesamt gab es über 7 Mio. MinijoberInnen, 64% davon Frauen (*DGB, 7. Folie*).

#### **4.3. Geschlechtsspezifische Unterschiede und der Wandel beim Familieneinkommen**

Nun stellt sich die Frage, warum Frauen so oft den Kürzeren ziehen. Die Fakten, die ich bisher vorgestellt habe, sind nur die Spitze oder besser gesagt der Abgrund dessen, was in Deutschland zwischen Männer- und Fraueneinkommen vorliegt. Innerhalb der EU besteht nämlich in Deutschland (gemeinsam mit Großbritannien, der Slowakei und Estland) zwischen den Entgelten von Männern und Frauen der größte Abstand. Im EU-Durchschnitt beträgt er 17,4%, in Deutschland 23% (*Jähnichen, T., S. 19*). Aufgeschlüsselt nach Ost- und Westdeutschland ergab sich für das Jahr 2004 im Westen ein Frauenanteil am Männereinkommen von 48%, im Osten dagegen von 77,8% (*BMFSFJ, Abschnitt 3.6.*). In die gleiche Kerbe gehört auch, dass in Dienstleistungsbranchen, in denen viele Frauen arbeiten, ein besonders hoher Anteil von Niedriglöhnen vorkommt (*Weinkopf, C., S. 10*) und die Löhne in Berufen, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden, niedriger liegen als in Berufen, in denen Männer dominieren.

Auch in Deutschland wird Frauen noch immer unterstellt, sie seien lediglich Zuverdienerinnen. Aus dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung kam 2008 die Aussage: „Teilzeit und Minijobs sind (...) nicht auf Existenzsicherung angelegt, sondern stellen meist eine zusätzliche Verdienstmöglichkeit dar.“ (*zit. nach ebd., S. 10*).

Tatsächlich helfen Fraueneinkommen in Zwei-Eltern-Familien, Armut zu vermeiden (*BMFSFJ, Abschnitt 3.7*). Das ist jedoch nur die halbe Wahrheit. Das Statistische Bundesamt hat 2004 herausgefunden, dass zwei von drei Teilzeitbeschäftigten auf ihren Verdienst als Existenzsicherung angewie-

sen sind, in Ostdeutschland sind es sogar drei Viertel (*Weinkopf, C., S. 10*). Dabei denkt man automatisch an Alleinerziehende und wird bestätigt. Diese Personengruppe ist besonders arm. 40% aller allein erziehenden Mütter leben von Hartz IV. Von 1996 bis 2006 hat ihre Zahl über 900 000 zugenommen. Umgekehrt besteht jeder zweite Hartz-IV-Haushalt aus einer allein erziehenden Frau mit Kindern (*Waidelich, W.*).

Wir leben in einer Gesellschaft, in der zwei verschiedene Vorstellungen neben- und gegeneinander bestehen:

- Das Familieneinkommen, d. h. die Vorstellung das Einkommen von Männern und Frauen erfülle eine je unterschiedliche Funktion, der Mann sei der ausschließliche oder doch überwiegende Familienernährer, die Frau dagegen lediglich eine Zuverdienerin.
- Das Individualeinkommen, d. h. eine individuelle Betrachtungsweise, wonach jeder und jede Erwerbstätige seine/ihre Existenz aus Erwerbsarbeit sichern können soll.

Die folgenden Zahlen werden zeigen, welches der beiden Modelle derzeit dominiert:

Der Anteil von Männern, die mindestens zu 60% zum Familieneinkommen beitragen, geht zunehmend zurück. Zwischen 1991 und 2001 sank er im Westen von 63,7% auf 55,2% im Osten von 41,6% auf 36,1%, dementsprechend stieg der Anteil von Frauen als Ernährerinnen der Familie (*Jähnichen, T., S. 19*). Das BMFSFJ räumt ein, Frauen seien seltener als Männer in der Lage, ihren Lebensunterhalt überwiegend aus eigenem Erwerbseinkommen zu bestreiten (*BMFSFJ, Abschnitt 3.7*). Schon 1996 hat eine Sozialwissenschaftlerin dazu eine Zahl vorgelegt, wonach 83% der Frauen dazu nicht in der Lage seien.

Obwohl also nur noch etwa die Hälfte aller Männer mindestens 60% des Familieneinkommens erarbeiten, sind Frauen in hohem Maße nicht in der Lage, ihre Existenz durch Erwerbsarbeit zu sichern. Anders ausgedrückt: Die Angaben über den Männeranteil am Familieneinkommen macht deutlich, dass dieses Modell nicht mehr dominiert, sondern den Rückzug angetreten hat. Demgegenüber zeigt der Blick auf die Fraueneinkommen, dass das Modell des Individualeinkommen weit von der Realität der Frauen (und mittlerweile auch von immer mehr Männern) entfernt ist.

Die Politik macht sich diese zwiespältige Situation zu nutze. Beide Vorstellungen haben nämlich in unsere Gesetzgebung gleichzeitig Eingang gefunden. Bei den Hartz-IV-Berechnungen zählt nicht das Individuum, sondern die Bedarfsgemeinschaft. Im Ehe- und Unterhaltsrecht dagegen wird von geschiedenen Frauen nach drei Jahren wirtschaftliche Eigenständigkeit erwartet, ungeachtet der Tatsache, dass dies nur einer Minderheit von Frauen möglich ist. Je nachdem, was für den Staat kostengünstiger ist, wird auf das eine oder das andere Modell zurückgegriffen.

### **Forderungen:**

Wo können, sollen oder müssen nun politische Maßnahmen ansetzen? Dazu einige provozierende Thesen:

- Auf internationaler Ebene muss es darum gehen, die Menschen in Ländern, in denen große Armut herrscht, dazu in die Lage zu versetzen, für ihre Bevölkerung angemessen zu sorgen.
- Um das leisten zu können, müssen die Modelle einer weltweiten Arbeitsteilung korrigiert werden, denn sie haben zur Folge, dass Entwicklungsländer miteinander um möglichst niedrige (Frauen-)Löhne konkurrieren, ihre Regierungen um des Profits willen zustimmen, dass ihre Ressourcen von den reichen Ländern ausgebeutet werden.
- Die Bedingungen für Kredite müssen revidiert werden. Entwicklungsländer dürfen nicht gezwungen werden, für den Export zu produzieren und ihre Märkte den Produkten der reichen Länder zu öffnen um den Preis, dass die eigenen Bevölkerung darunter leidet.
- Internationale Handelsabkommen dürfen nicht über soziale und ökologische Bedingungen hinweg gehen, vielmehr sind Abkommen erforderlich, die Nachhaltigkeit in beiderlei Hinsicht zur obersten Priorität erheben.



- Was für Entwicklungsländer gilt, muss auch zum Prinzip für Deutschland werden. Es kann nicht darum gehen, Weltmeistertitel im Export zu verteidigen und dabei stillschweigend in Kauf zu nehmen, dass Deutschland die Europameisterschaft hinsichtlich der Niedriglöhne und des Abstands zwischen Männer- und Fraueneinkommen inne hat.
- Deutschland muss sich vom ohnehin im Schwinden begriffenen Modell des Familieneinkommens verabschieden.
- Oberstes Ziel von Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik muss es sein, dem Modell des Individualeinkommens zur Realisierung zu verhelfen.
- Einkommen muss dabei nicht notwendig durch Erwerbsarbeit erworben werden. Frauenforscherinnen und Feministinnen fordern schon seit Jahren, dass die von Frauen geleistete, bislang unbezahlte Arbeit angemessen volkswirtschaftlich berücksichtigt und finanziell anerkannt werden muss.
- Auf dem Weg zum Individualeinkommen und zur Geschlechtergerechtigkeit können Mindestlöhne, ein bedingungsloses Grundeinkommen und ein Caregeld für die Arbeit, die durch die Fürsorge anderer Menschen geleistet wird, eine wichtige Rolle spielen.

### **Literatur:**

- Bindemann, Malalai: „Sieben Millionen Bundesbürger überschuldet“, taz vom 20.01.09
- Blätter für deutsche und internationale Politik (Hrsg.): Der Sound des Sachzwangs, Bonn, Berlin, 2006
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ): Genderreport 3, Erwerbseinkommen von Frauen und Männern, Internet
- Ceska, Edward A. und Ashkenazi, Michael: Piraterie vor den afrikanischen Küsten und ihre Ursachen, in: Aus Politik und Zeitgeschehen, 34-35/2009, 17. August 2009, S. 33-38
- DGB (Hrsg.): Frauen in der Krise, Power-Point-Präsentation, 2009
- Dribbusch, Barbara: „Armutsfälle Erwerbsarbeit“, taz vom 16.01.09
- Dribbusch, Barbara: „Der verwundbare Westen“, taz vom 29.05.09
- Herrmann, Ulrike: „Die Mittelschicht ist angeschmiert“, taz vom 22.01.09
- INKOTA (Hrsg.): „abgeerntet – Wer ernährt die Welt“, taz-Beilage vom 10.09.09
- Jähnichen, Traugott: Niedriglohn und Geschlechtergerechtigkeit – Sozialethische Perspektiven für Kirche und Gesellschaft, in: Evangelischer Pressedienst epd (Hrsg.): Dokumentation der Fachtagung „Mein Lohn ist, dass ich darf? Frauen im Niedriglohn“ Frankfurt am Main 14. April 2009, S. 17-26
- Johnson, Dominic: „Harte Schläge gegen die Hoffnung“, taz vom 15.09.09., S. 13
- Kramer, Bernd: „Niedriglöhne werden Tiefstlöhne“, taz vom 27.08.08
- Lemke, Christiane: Gender und Globalisierung, Internet, 2003
- Le monde diplomatique (Hrsg.): Atlas der Globalisierung, Berlin, 2007
- Müller, Ursula G. T.: Globalisierung für AnfängerInnen – Anfänge der Globalisierung, Band 5 der Broschürenreihe „BRD + 3. Welt“, Kiel, Sept. 2009
- o. Verf.: „Auslaufmodell Vollzeitjob“, taz vom 10.09.08
- o. Verf.: „Fast 12% Reallohnverlust in 5 Jahren! Schluss damit!“, aus: Arbeit Zukunft, Nr. 5 September 2009, 7. Jg., S. 3
- Oestreich, Heide: „Männer mehr von der Krise betroffen“, taz vom 16.06.09
- dies.: „Gefakte Gewinnerinnen“, taz vom 16.06.09
- Roth, Eva: „Löhne stürzen ab“, Frankfurter Rundschau, 26.08.2008
- Roy, Arundhati: Die Politik der Macht, München, 2002
- Schüddemage, Antje: „Das China Europas“, Frankfurter Rundschau vom 23.04.09
- Völpel, Eva: Interview mit Volkswirt Rudolf Zwiener: „Wir haben die niedrigsten Lohnzuwächse“, taz vom 9.09.09
- Waidelich, Watraud (Nordelbisches Frauenwerk Kiel): Frauen und Armut, unveröffentlichte Power-Point-Präsentation, 2009
- Weinkopf, Claudia: „Hat Niedriglohn ein Geschlecht? Auswirkungen der aktuellen Beschäftigungssituation auf Frauen und Männer“ in: Evangelischer Pressedienst epd (Hrsg.): Dokumentation der Fachtagung „Mein Lohn ist, dass ich darf? Frauen im Niedriglohn“ Frankfurt am Main, 14. April 2009, S. 8-12 Seit Januar 2006 gibt es zwischen 1,2 und 1,4 Mio. „AufstockerInnen“, das sind Menschen, die erwerbstätig sind und Hartz IV erhalten; 400 000 von ihnen haben eine Vollzeitstelle (Jähnichen, T., S. 23).
- Wichterich, Christa: Femme global, Globalisierung ist nicht geschlechtsneutral, Hamburg, 2003
- wikipedia, Stichworte: Armut, relative Armut, Armut Deutschland, Human Development Index
- Wissenschaftlicher Beirat von attac (Hrsg.): ABC der Globalisierung, Hamburg, 2005

